Reglement Technische Betriebe Gemeinde Waldkirch

Reglement zur Verselbständigung und zum Betrieb

Vom Gemeinderat am xy genehmigt.

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 34 der Gemeindeordnung Waldkirch vom 09. Juli 2012 und Art. 131 des Gemeindegesetzes des Kantons St. Gallen vom 21. April 2009 (sGS 151.2), als Reglement:

I. Allgemeine Bestimmungen und Aufgaben

Gegenstand	<p><i>Art. 1.</i> Dieses Reglement regelt:</p> <ol style="list-style-type: none">Rechtsstellung und Aufgaben der Technischen Betriebe Waldkirch (TBW);Planung, Bau, Betrieb, Instandhaltung und Finanzierung der Versorgungsanlagen der TBW;die Rechtsverhältnisse zwischen den TBW und den Personen, welche Leistungen derselben beziehen.
Rechtsform, Name, Sitz	<p><i>Art. 2.</i> Die Technischen Betriebe Waldkirch (TBW) sind ein selbständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen¹ mit unbestimmter Dauer mit Sitz in Waldkirch.</p> <p>Das Unternehmen ist im Handelsregister eingetragen.</p>
Geschäftsgrundsätze	<p><i>Art. 3.</i> Die TBW gewährleisten den Kundinnen und Kunden eine langfristig sichere und nachhaltige Versorgung.</p> <p>Sie werden nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen geführt und tragen dem Schutz der Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen Rechnung.</p> <p>Sie streben einen Unternehmensgewinn an, der sich nach den Grundsätzen der Eignerstrategie und der Leistungsvereinbarung richtet.</p>
Konzession / Leistungsvereinbarung	<p><i>Art. 4.</i> Die Gemeinde Waldkirch erteilt den TBW eine Konzession für die Erbringung des Versorgungsauftrages und die Nutzung des öffentlichen Grunds und Bodens.</p> <p>Die TBW bedienen die Kundinnen und Kunden auf der Grundlage der Leistungsvereinbarung mit Elektrizität.</p>
Auftrag, Aufgaben	<p><i>Art. 5.</i> Die TBW erstellen, betreiben und unterhalten die für die Versorgung notwendigen Netze und Anlagen. Diese dürfen nicht veräussert werden.</p> <p>Die Gemeinde Waldkirch kann den TBW weitere Aufgaben übertragen.</p>

¹ Gemäss Art. 125 lit. a) Gemeindegesetz

Zusammenarbeit mit Dritten / *Art. 6.* Die Gemeinde Waldkirch überträgt den TBW die Kompetenz, Anlagen, Technologien und Dienstleistungen im Energiebereich selber zu erstellen, anzubieten oder sich an solchen zu beteiligen.

Die TBW können mit anderen Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts zusammenarbeiten.

Eigentumsverhältnisse, Rechtsübertragungen *Art. 7.* Die TBW verbleiben im vollständigen Eigentum der Gemeinde Waldkirch.

Sämtliche betriebsnotwendigen Grundstücke, Bauten, Anlagen, Netzinfrastrukturen und alle dem Betrieb der TBW dienenden Sach- und Vermögenswerte sowie die damit in Zusammenhang stehenden Rechte und Pflichten werden auf die TBW übertragen.

II. Organisation

A. Gemeinderat

Befugnisse und Aufgaben

Art. 8. Der Gemeinderat:

- a) beschliesst das TBW-Reglement und unterstellt es dem fakultativen Referendum;
- b) legt die Eignerstrategie in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat, fest und bringt sie den Einwohnerinnen und Einwohnern von Waldkirch geeignet zur Kenntnis;
- c) wählt den Verwaltungsrat und das Präsidium;
- d) legt die Entschädigungen des Verwaltungsrats fest;
- e) schliesst die Leistungsvereinbarung mit den TBW ab;
- f) nimmt die Regelungen über Organisation, Personal, Kommunikation und Beschaffung zur Kenntnis;
- g) kann Sonderprüfungen verlangen;
- h) genehmigt den Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung und entlastet den Verwaltungsrat;
- i) informiert die Gemeindeversammlung über den Geschäftsbericht sowie die Jahresrechnung;

- j) nimmt das Budget und den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis;
- k) beschliesst über die Gewinnverwendung;
- l) legt die Verzinsung von Dotationskapital und Darlehen auf Antrag des Verwaltungsrates fest;
- m) wählt eine unabhängige, fachlich ausgewiesene Revisionsstelle zur Rechnungsprüfung und Revision;
- n) legt den Rechnungslegungsstandard und das Reporting auf Antrag des Verwaltungsrates fest;
- o) legt die Abgabe an das Gemeinwesen fest;
- p) kann Auskünfte verlangen und in Unterlagen Einsicht nehmen.
- q) beschliesst über namhafte Beteiligungen und Kooperationen auf Antrag des Verwaltungsrats.

B. Verwaltungsrat

Zusammensetzung, Wahl,
Amtsdauer

Art. 9. Der Verwaltungsrat besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern. Die Mitglieder sollen über adäquates Fachwissen verfügen, welches das Anforderungsprofil erfüllt.

Ein Mitglied des Gemeinderats kann dem Verwaltungsrat angehören, jedoch nicht das Verwaltungsratspräsidium übernehmen.

Der Verwaltungsrat konstituiert sich mit Ausnahme des Präsidiums selbst. Die Amtsdauer beträgt ein Jahr. Die Wiederwahl ist zulässig.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse wird ein Protokoll geführt und vom Vorsitz und der Protokollführung unterzeichnet.

Befugnisse und Aufgaben
Verwaltungsrat

Art. 10. Der Verwaltungsrat:

- a) führt die TBW nach den Vorgaben der Eignerstrategie und der Leistungsvereinbarung;
- b) hat die Oberleitung der TBW und erteilt die nötigen Weisungen;
- c) setzt in der Unternehmensstrategie die Vorgaben der Eignerstrategie um;

- d) legt die Organisation der TBW inkl. Unterschriftenregelung in einem Organisationsreglement fest;
- e) gestaltet das Rechnungswesen und das Controlling;
- f) entscheidet das Budget sowie den Finanz- und den Investitionsplan und bringt dem Gemeinderat diese Dokumente zur Kenntnis;
- g) erstellt den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung;
- h) legt die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die Tarife und Preise für alle Geschäftsbereiche und den Anschluss fest;
- i) ernennt die mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen;
- j) führt die Aufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, insbesondere die Geschäftsleitung;
- k) erlässt ein Personalreglement;
- l) erlässt ein Kommunikationsreglement;
- m) erlässt Beschaffungsrichtlinien;
- n) führt und überwacht das Risikomanagement;
- o) legt die Versicherungsstrategie fest;
- p) stellt dem Gemeinderat Antrag über die Geschäfte, für die er nicht abschliessend zuständig ist;
- q) beantragt dem Gemeinderat Änderungen oder Anpassungen der Eignerstrategie;
- r) sorgt für ein angemessenes Reporting an den Gemeinderat.

Finanzkompetenz

Art. 11. Der Verwaltungsrat beschliesst die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Ausgaben abschliessend und unabhängig von ihrer Höhe.

C. Geschäfts- und Rechnungsprüfung

Geschäftsprüfung

Art. 12. Die Geschäftsprüfungskommission der Gemeinde kann vom Gemeinderat und vom Verwaltungsrat Auskünfte

verlangen und in die notwendigen Unterlagen Einsicht nehmen.

Rechnungsprüfung

Art. 13. Die Revisionsstelle prüft jährlich die Jahresrechnung und die Bilanz.

Die Revisionsstelle berichtet dem Verwaltungsrat und dem Gemeinderat über das Ergebnis ihrer Prüfung und empfiehlt die Abnahme, mit oder ohne Einschränkung, oder die Rückweisung der Jahresrechnung und der Bilanz.

Stellt die Revisionsstelle bei ihrer Prüfung gravierende Mängel oder Verstösse gegen gesetzliche oder reglementarische Bestimmungen bzw. Weisungen fest, meldet sie dies schriftlich dem Verwaltungsrat und dem Gemeinderat.

III. Mitarbeitende

Personalrecht

Art. 14. Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden der TBW sind öffentlich-rechtlich.

Der Verwaltungsrat legt das Personalrecht im TBW-Personalreglement fest, das sich an demjenigen der Gemeinde orientiert.

Personalsvorsorge

Art. 15. Die Mitarbeitenden der TBW sind derselben beruflichen Vorsorge angeschlossen wie die Verwaltungsangestellten der politischen Gemeinde Waldkirch.

IV. Grundsätze der Finanzierung und Haftung

Dotationskapital

Art. 16. Die Gemeinde überträgt den TBW die Aktiven und Passiven der Technischen Betriebe gemäss Übernahmebilanz inklusive aller damit verbundenen Rechte und Pflichten.

Daraus wird das Dotationskapital gebildet, das verzinst wird.

Das Dotationskapital beträgt CHF 500'000.-.

Rechnungslegung

Art. 17. Die TBW führen eine eigenständige Rechnung einschliesslich eines wirksamen Controllings.

Gewinnablieferung

Art. 18. Die TBW leisten eine Gewinnablieferung an die Gemeinde, die ihrem Ertragsüberschuss entnommen wird. Der Zielwert der Gewinnablieferung wird mit dem Budget, die tatsächliche Gewinnablieferung mit der Jahresrechnung festgelegt.

V. Nutzung des öffentlichen Grundes / Grundlagen für die Gebührenerhebung

A. Allgemeine Bestimmungen Gebühren

Begriffe	<p>Art. 19. In diesem Reglement bedeuten:</p> <ol style="list-style-type: none">Versorgung ist die Elektrizitätsversorgung;Der Begriff Endverbraucher ist gemäss der Bundesgesetzgebung über die Stromversorgung definiert;Grundstücke sind gemäss dem sachenrechtlichen Grundstücksbegriff definiert;Ein Objekt ist eine in sich abgeschlossene Einheit, die am Netz mindestens einer Versorgung angeschlossen ist oder daran angeschlossen werden könnte, z.B. ein Grundstück, ein Gewerbebetrieb, eine Anlage, eine Wohnung oder aus mehreren Gebäuden bestehen (z.B. ein Landwirtschaftsbetrieb mit Wohnhaus, Scheune und Remise), und über eine Versicherungsnummer der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt (GVA) verfügt (Ausnahme: Objekte des Bundes);Mit der Anschluss- oder Hauszuleitung wird ein Objekt an eine Versorgung angeschlossen;Die Hausinstallation umfasst die Installationen, Anlagen und Geräte innerhalb eines Objekts, die auf die Anschlussleitung folgen;Die Messeinrichtung besteht aus Messapparaten, Steuerapparaten und Kommunikationseinrichtungen.
Öffentlicher Grund	<p>Art. 20. Mit der Abgabe an das Gemeinwesen ist die Nutzung des öffentlichen Grundes entschädigt.</p> <p>Hierfür kann auf die Netznutzungsgebühren der Elektrizitätsversorgung ein Zuschlag erhoben werden, der als Abgabe an das Gemeinwesen auf den Kundenrechnungen ausgewiesen wird.</p> <p>Der Gemeinderat setzt die Höhe des Zuschlags fest: Elektrizitätsversorgung: 0.2 – 2.0 Rp. / kWh.</p>
Weitergabe an Dritte	<p>Art. 21. Wer Energie von den TBW bezieht und an Dritte weitergibt, darf dafür nicht mehr verlangen als die von den TBW erhobenen Bezugsgebühren. Vorbehalten bleibt die Erhebung von Zuschlägen für Amortisations- und andere mit der Energieabgabe zusammenhängende Kosten.</p>
Bemessung der Gebühren	<p>Art. 22. Die durch die TBW erhobenen Gebühren sind so zu bemessen, dass sie sämtliche Kosten der jeweiligen Versorgung, einschliesslich einer angemessenen Reservebildung sowie der Verzinsung des Dotationskapitals und einer Gewinnablieferung an die Gemeinde, decken, soweit die Deckung nicht durch vertragliche Entgelte erfolgt.</p>

Erhobene Gebühren und
Tarifgestaltung

Art. 23. Der Verwaltungsrat legt fest, welche der nachfolgend definierten Gebühren erhoben werden.

Er kann auf die Erhebung einzelner Gebührenarten verzichten.

Anschlussgebühren

Art. 24. Wenn Anschlussgebühren erhoben werden, so gelten folgende allgemeine Regelungen im Brandfall oder bei Gebäudeabbruch: bereits bezahlte Anschlussgebühren werden angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.

Vertragskunden

Art. 25. Die TBW können mit Kunden, welche grosse Mengen beziehen oder spezielle Bezugscharakteristiken aufweisen, im Einzelfall vertragliche Regelungen treffen, die von den vorliegenden Tarifen abweichen, sofern das übergeordnete Recht dies nicht ausschliesst.

Solidarische Haftung

Art. 26. Es haften solidarisch:

- a) Personen, die gemeinsam das Eigentum an einem Objekt innehaben: für die Anschlussgebühren und die Gebühren für die Erstellung der Anschluss- bzw.- Hauszuleitung;
- b) Personen, die gemeinsam in einem Bezugsverhältnis sind: für die Bezugsgebühren;
- c) Personen, die gemeinsam in einem Netznutzungsverhältnis sind: für die Netznutzungsgebühren.

Einrichtungen der TBW

Art. 27. Anlagen der TBW, wie Schilder, öffentliche Beleuchtungseinrichtungen, Anschluss- und Verteilkästen, Leitungen und Einfriedungen auf privatem Grund sind branchenüblich zu entschädigen.

Diese Anlagen und Einrichtungen müssen zugänglich sein, sie dürfen weder durch Pflanzen oder andere Gegenstände verdeckt noch in ihrer Funktion beeinträchtigt werden.

Die Eigentümerschaft und die Kundschaft gewähren den TBW und den durch diese beauftragten Personen das Zutrittsrecht zum Objekt, sowohl für Arbeiten an den Anlagen als auch für Zählerablesungen und Kontrollen.

B. Elektrizitätsversorgung

Anschlussleitung

Art. 28. Die Anschlussleitungen der Elektrizitätsversorgung umfassen die Anlagen ab der bestehenden Verteilleitung (bzw. bei einem Anschluss direkt an eine Transformatorenstation oder einen Verteilkasten ab diesen) bis zu den Eingangsklemmen des Anschlussüberstromunterbrechers.

Wer eine neue Anschlussleitung oder die Änderung einer bestehenden Anschlussleitung bestellt, bezahlt eine Gebühr in Höhe der tatsächlichen Kosten; diese kann pauschaliert werden.

Für Anschlussleitungen über 200 Ampère werden die Kosten zwischen den TBW und dem Besteller bzw. Kunden vertraglich geregelt. Abweichend hiervon können die TBW bewilligen, dass die Erstellung der Anschlussleitung direkt durch den Besteller bzw. Kunden erfolgt.

Finanzierung

a) Anschlussgebühr

Art. 29. Wer zum Zeitpunkt des Anschlusses an die Elektrizitätsversorgung das Eigentum am Objekt innehat, bezahlt eine einmalige Anschlussgebühr, bemessen nach der bewilligten Leistung.

Wer zum Zeitpunkt der Bewilligung einer Erhöhung der Leistung das Eigentum am Objekt innehat, bezahlt eine zusätzliche Anschlussgebühr, bemessen nach der Erhöhung der Leistung.

b) Bezugsgebühr

Art. 30. Die Bezugsgebühr der Elektrizitätsversorgung setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

- a) einem Grundpreis;
- b) einer Zählermiete;
- c) einem Arbeitspreis, bemessen nach der bezogenen Menge Strom;
- d) einem Leistungspreis, bemessen nach der höchsten Leistung, die während einer Ableseperiode beansprucht wird;
- e) einem Preis für den Bezug ökologischer Stromprodukte.

Die Zusammensetzung der Bezugsgebühr kann nach der Verbrauchscharakteristik variieren. Sie muss nicht alle Komponenten enthalten.

c) Netznutzungsgebühr

Art. 31. Die Netznutzungsgebühr für die Durchleitung von Strom setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

- a) einem Grundpreis (inkl. Zählermiete);
- b) einem Arbeitspreis, bemessen nach der durchgeleiteten Menge Strom;
- c) einem Leistungspreis, bemessen nach der höchsten Leistung, die während einer Ableseperiode beansprucht wird;
- d) einem Preis für Blindenergiebezug, bemessen nach der durchgeleiteten Menge Blindenergie;
- e) Zuschläge bei speziellem Bezugsverhalten.

Die Zusammensetzung der Netznutzungsgebühr kann nach der Netznutzungscharakteristik variieren. Sie muss nicht alle Komponenten enthalten.

Eigenerzeugung von Strom

Art. 32. Die Einspeisung von Strom aus Eigenerzeugung in das Elektrizitätsnetz der TBW setzt ein Netznutzungsverhältnis voraus.

Die durch die TBW zu bezahlende Vergütung für die physische Energie legt der Verwaltungsrat in einem generellen Tarif fest.

Die TBW können die Einspeisung vorübergehend beschränken oder einstellen, wenn andernfalls die Versorgungssicherheit gefährdet wäre.

VI. Grundsätze Säumnis und Haftung

Säumnis

Art. 33. Werden Forderungen der TBW, die sich auf dieses Reglement stützen, bis zum Ablauf der Zahlungsfrist nicht bezahlt, so können Verzugszinsen und Mahngebühren erhoben werden.

In der Regel nach erfolgloser Mahnung und vorheriger Androhung können folgende Inkassomassnahmen ergriffen werden:

- a) Einleitung betriebsrechtlicher Massnahmen;
- b) Erhebung angemessener unverzinslicher Vorauszahlungen oder Garantieleistungen;
- c) Einbau von Vorauszahlungsautomaten;
- d) Begrenzung der Lieferung;
- e) Einstellung der Versorgung bzw. Lieferung.

Solidarische Haftung

Art. 34. Es haften solidarisch:

- a) Personen, die gemeinsam das Eigentum an einem Objekt innehaben: für die Anschlussgebühren und die Gebühren für die Erstellung der Anschluss- bzw.- Hauszuleitung;
- b) Personen, die gemeinsam in einem Bezugsverhältnis sind: für die Bezugsgebühren;
- c) Personen, die gemeinsam in einem Netznutzungsverhältnis sind für die Netznutzungsgebühren.

VII. Rechtspflege und Vollzug

Rechtspflege

Art. 35. Gegen Verfügungen der TBW kann innert 14 Tagen seit Zustellung schriftlich und begründet Einsprache beim Gemeinderat erhoben werden.

Im Übrigen gilt für das Verfahren das kantonale Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.²

Ausführungsbestimmungen

Art. 36. Der Verwaltungsrat der TBW erlässt Ausführungsbestimmungen in Form von Allgemeinen Geschäfts- und Anschlussbedingungen sowie die nötigen Gebührentarife.

Vollzug

Art. 37. Der Gemeinderat vollzieht dieses Reglement und trifft die erforderlichen Anordnungen und Massnahmen.

Er ist insbesondere befugt, alle Rechtshandlungen für die Rechtsübertragung vorzunehmen.

VIII. Schlussbestimmungen

Datenaustausch

Art. 38. Die Gemeinde und die TBW stellen sich die für die Erfüllung dieses Reglements und der Leistungsvereinbarung notwendigen Daten gegenseitig unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen von Bund, Kanton und Gemeinde zur Verfügung.

Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 39. Folgende Erlasse werden aufgehoben:
a) Reglement über die Abgabe elektrischer Energie (Elektra-Reglement) vom 10. September 1996

Fakultatives Referendum

Art. 40. Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum.

Inkrafttreten

Art. 41. Der Gemeinderat bestimmt das Inkrafttreten.

Gemeinderat Waldkirch

Aurelio Zaccari
Gemeindepräsident

Michael Frei
Gemeinderatsschreiber

Dem fakultativen Referendum unterstellt vom x bis y

² sGS 951.1; abgekürzt VRP